

	<b>Antrags-Nr.</b>	
	<b>0875-AT/2017</b>	

# Antrag

Herr  
Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion

<b>Betreff</b>
<b>Antrag der NPD-Stadtratsfraktion - Demokratie in Eisenach leben! Keine Antifa-Finanzierung über Steuergelder</b>

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	05.09.2017	

## I. Beschlussvorschlag

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die sogenannte lokale „Partnerschaft für Demokratie“ Eisenach und Wutha-Farnroda zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufzulösen und danach keine weiteren Mittel aus den Programmen „Demokratie leben-Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ und „Denk bunt“ mehr zu beantragen.**

## II. Begründung

In der Vorlage 0763-BR/2017 informierte die Oberbürgermeisterin den Stadtrat unter anderem über im Jahr 2016 aus o.g. Programmen geförderte Projekte. Dazu gehörten ein Zuschuss an den Stadtjugendring e.V. für die Vorführung des Films „...keinen Meter Deutscher Boden... Die extreme Rechte in Thüringen“ und ein Solidaritätskonzert des selbsternannten Bündnisses gegen Rechtsextremismus am 29. Oktober 2016.

Die Filmreihe „...keinen Meter Deutscher Boden... Die extreme Rechte in Thüringen“ enthielt einen Beitrag über nationaldenkende Menschen in Kommunalparlamenten, der sich im Wesentlichen mit der NPD-Stadtratsfraktion Eisenach auseinandersetzte. Die Finanzierung solcher Projekte über Steuergelder, welche über den städtischen Haushalt an die Projektträger durchgereicht werden, stellt einen unzulässigen Eingriff in die Chancengleichheit von Parteien und die freie Willensbildung des Wählers dar. Hierzu werden parallel auch juristische Maßnahmen geprüft. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Eisenach, wenn die Mittel auch von Bund und Land gekommen sind und nur durchgereicht worden, Projekte zu finanzieren, welche darauf abzielen, eine im Stadtrat vertretene und zugelassene Partei negativ darzustellen und andererseits andere Parteien zu bevorzugen. In dem in Rede stehenden Beitrag kamen Vertreter anderer Parteien, wie der Bündnisgrünen, unkommentiert zu Wort. Dies stellt eine unzulässige Bevorteilung dar.

Den Höhepunkt bildet allerdings die Mitfinanzierung einer als Soli-Konzert deklarierten Musikveranstaltung im Schlachthof, welches durch das selbsternannte Bündnis gegen Rechtsextremismus veranstaltet wurde. Im Aufruf zu dieser Veranstaltung hieß es:

„Im März diesen Jahres wurden friedliche Antifaschist\*innen aus einer Anti-Nazi-Kundgebung in Eisenach heraus gezogen und sollen nun wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot belangt werden. Dieser Eingriff ist als nicht hinnehmbarer Einschüchterungsversuch gegen Antifaschist\*innen zu sehen und so sollen die Betroffenen nun mit den Einnahmen des Konzertes finanziell unterstützt werden, um rechtlich gegen die Anschuldigungen vorgehen zu können.“ (Fehler im Original!)

Nach der Veranstaltung meldete die Landtagsabgeordnete der Linkspartei, Kati Engel, auf ihrer Facebook-Seite: „Wir sagen Danke für eure Solidarität! Es sind weit über 1000 Euro zusammen gekommen beim gestrigen Soli-Konzert und Vortrag, die nun an die Rote Hilfe gehen, um anstehende Prozesse zu finanzieren.“

Die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern ordnen die Rote Hilfe als linksextremistische Organisation ein und werfen ihr die Unterstützung von Gewalttätern vor.

Ungeachtet der für Jedermann geltenden Unschuldsvermutung ist es ein Skandal, wenn aus öffentlichen Mitteln mit Unterstützung der Stadt Eisenach mutmaßliche Straftäter finanziell unterstützt werden und dadurch womöglich den ihnen angelasteten Tathandlungen bestärkt werden. Den Betroffenen wurde vorgeworfen, eine zuvor von der Stadt genehmigte Demonstration, welche selbstredend unter dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit stattfand, in einer strafbaren Art und Weise gestört zu haben. Die Finanzierung einer solchen Maßnahme kann unmöglich Sinn und Zweck eines Demokratieprogramms sein.

Die Beispielliste ließe sich fortsetzen. Indirekt werden über die hohen Zuschüsse von Bund und Land durch die Stadt linksextreme Strukturen begünstigt. Deshalb kann man in Eisenach in diesem Zusammenhang auch von keinem Programm für Demokratie sprechen, sondern einem, welches sich durch Zweckentfremdung geradezu an der Demokratie versündigt.

Aus vorgenannten Gründen ist das Programm zu beenden. Die übrigen Maßnahmen können durch die damit betrauten nicht vom Wähler legitimierten Stellen auch selbstfinanziert werden.

Herr  
Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender der  
NPD-Stadtratsfraktion